

Erörterungstermin zum vorgesehenen Flughafenausbau

Im Frühjahr 2005 hatten über 100 000 Bürger ihre Einwendungen zum Flughafenausbau an das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt geschickt, damit sie dort aktenkundig sind. Die Gesetzgebung sieht hier vor, dass die entsprechende Behörde, nämlich das RP und die Vorhabenträgerin (Fraport) zusammen mit allen Einwendern, deren Einwendungen diskutiert.

Diese Diskussion findet als „Erörterungstermin“ zur Zeit in der Stadthalle in Offenbach statt. Ursprünglich waren 6 Monate für diese Veranstaltung geplant. Seit dem Beginn am 12. 9. 2005 konnten bereits eine Reihe der Tagesordnungspunkte nicht zu Ende diskutiert werden, da die geplante Zeit hierfür bereits aufgebracht war.

Die nunmehr nicht abgearbeiteten Punkte müssen deshalb nach dem 20. 2. 2006 erneut aufgegriffen und abgehandelt werden. Z. B. muss dann das Thema Lärm nochmals ausführlich diskutiert werden.

Die wenigen privaten Einwander, die zu Beginn dieser Erörterung das Wort ergriffen haben, beschrieben meistens ihre Eindrücke, dass sowie so schon alles entschieden wäre und dass man ihre Beiträge nicht würdigt. Tatsächlich gab es auch wenig positive Resonanz von Seiten des RP's oder von der Fraport. Die Fraport-Vertreter lassen prinzipiell keine Gegenargumente gelten und dies mit ihrer üblichen Arroganz. Sie vermitteln den Eindruck, dass in ihren Planungsunterlagen vorab sowieso schon alles bestens geklärt sei und dass es keine Probleme mehr gäbe. Das RP tut wenig, um diesem Eindruck entgegen zu treten, das führt dazu, dass schon in den ersten Tagen das Interesse der privaten Einwander rapide nachließ. Zur Zeit sitzen dem Regierungspräsidium und der Fraport nur noch die Rechtsanwälte, Vertreter der Naturschutzverbände, Kommunen sowie Behördenvertreter gegenüber. Einzelne Bürger verteilen sich im großen Zuschauerraum, spontane Beiträge sind kaum möglich, da man sich morgens erst in eine Rednerliste eintragen muss und trotzdem sehr selten zu Wort kommt.

Nur am sogenannten Bürgernachmittag, an dem private Einwander Vorrang im Rederecht haben, sitzen im Schnitt etwa 50 oder weniger Bürger in der Veranstaltung. Verglichen mit den über 100 000 Einwendern ist das aus meiner Sicht eine sehr geringe Zahl und zeigt m. E. nach die riesige Enttäuschung der Betroffenen über den bürokratischen Ablauf des ganzen Verfahrens.

Trotz dieser schwierigen Bedingungen konnten die Kritiker des Flughafenausbaus dennoch einige Erfolge erringen. Durch die gute sachliche Vorbereitung der Fachleute in den Kommunen und in den Naturschutzverbänden, sowie die koordinierte Zusammenarbeit der Rechtsanwälte konnten die Mängel und Fehler in den vorgelegten Gutachten aufgedeckt und diskutiert werden.

Auch von den privaten Einwendern gab es eine Reihe hervorragender Beiträge. Hier hatten sich einzelne Personen tief in die Materie eingearbeitet und waren dadurch in der Lage, die von der Fraport vorgelegten Unterlagen kritisch zu beleuchten.

Ein besonderer Erfolg war die vor dem Verwaltungsgericht Kassel erstrittene Akteneinsicht. Dadurch wurde letztlich öffentlich, dass sogar aus der Flughafenarbeitsgruppe des RP's die Begründung für die Notwendigkeit eines Flughafenausbaus kritisiert wurde. Leider stehen Akten der Oberen Naturschutzbehörde beim RP bis heute nicht zur Verfügung.

Es liegt jetzt am Hessischen Verkehrsminister auf diese vielfältige Kritik zu reagieren, denn er muss als Planfeststellungsbehörde über den Antrag zum Flughafenausbau entscheiden. Wenn er konsequent wäre, müsste er den Ausbau ablehnen, oder zumindest das Verfahren erneut aufrollen. Das wurde nach meiner Ansicht in den letzten Monaten klar: „Die vorgelegten Unterlagen reichen nicht aus, um den Ausbau zu begründen“.

Trotz des laufenden Flughafen-Anhörungsverfahrens: Landesregierung schreibt schon die Ausnahmegenehmigung!

KREIS GROSS-GERAU - „Im Hessischen Wirtschaftsministerium wird ungeachtet des laufenden Anhörungsverfahrens bereits intensiv an der Formulierung des Planfeststellungsbeschlusses gearbeitet, mit dem der Bau der von Fraport beantragten Nordwestbahn am Frankfurter Flughafen genehmigt werden soll!“ Diesen Schluss zieht Landrat Enno Siehr aus einem Briefwechsel zwischen dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und dem Hessischen Landesamt für Straßen und Verkehrswesen.

Bereits am 22. Juni 2005 hatte das Ministerium darin seine nachgeordnete Behörde in zwei Fällen aufgefordert, Formulierungsvorschläge für den Genehmigungsbeschluss zu erarbeiten, da hier jeweils „eine Auflage zur Aufnahme

Sollte der Ausbau verwirklicht werden, wie es derzeit in den Plänen der Fraport steht, wird die Natur und somit die Umwelt, sowie die Lebensbedingungen der Menschen die hier leben, in einem Ausmaß belastet, was keinesfalls hingenommen werden kann.

Außerdem wird das Gefahrenpotential zunehmen. Es gäbe zum einen das Absturzrisiko „Ticonna“. – Die landenden Flugzeuge würden direkt über dieses Chemiewerk fliegen und ein Absturz würde eine riesige Katastrophe auslösen. – Zum anderen kreuzt die angedachte Anflugroute in geringer Höhe (etwa 120 m) den Untermain und damit ein Brut- und Rastgebiet von hier lebenden wassergebundenen Vogelarten mit europäischer Bedeutung. Schon der normale Menschenverstand weiß, dass hier eine erhöhte Gefahr von



Zusammenstoßen mit Vögeln und Flugzeugen besteht. In der Fachsprache der Piloten heißt dies „Vogelschlag“.

Die Naturschutzverbände haben aufgrund ihrer Kenntnisse und den von ihnen durchgeführten Vogelzählungen im Winterhalbjahr schon lange darauf hingewiesen, dass die Lage der geplanten Bahn wegen des Vogelschlagrisikos völlig ungeeignet ist. In den Planungen der Fraport ist diese Tatsache unverständlichweise nicht berücksichtigt. Aufgrund dessen haben die beteiligten Städte als Gegner des Ausbaus ein Fachgutachten dazu eingeholt, das Ende Januar im Erörterungstermin vorgestellt wurde. Der Gutachter kam hierbei zu der gleichen Aussage, wie die Naturschutzverbände.

Die angedachte Anflugroute verläuft im gleichen Bereich und in der gleichen Höhe, die auch stark von den dort lebenden und ziehenden Vögeln genutzt wird. Damit ist eine Kollision mit Flugzeugen in diesem Bereich mit möglicherweise fatalen Folgen vorprogrammiert (Triebwerkschaden/Schäden an der Pilotenkanzel).

Auch die staatliche Vogelschutzbehörde für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland vertritt in ihrer Stellungnahme zum Ausbau die gleiche Meinung.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass ich mich keinen Illusionen hingeebe (kein weiterer Ausbau), nachdem ich in einer Mitteilung des Kreises Groß-Gerau gelesen habe, dass die Landesbehörden schon im Sommer 2005, also Monate vor dem Beginn des Erörterungstermins, an den Formulierungen für einen Planfeststellungsbeschluss gearbeitet haben.

Man muss damit rechnen, dass im Herbst oder im Winter dieses Jahres der Hessische Verkehrsminister vor die Öffentlichkeit treten wird und die Genehmigung für den Flughafenausbau ausspricht. Von diesem Zeitpunkt an, können nur noch die Verwaltungsgerichte entscheiden, ob die vielen, aber auch berechtigten Gründe die gegen einen Ausbau sprechen, doch berücksichtigt werden und einen Ausbau somit verhindert werden kann.

Ernst Böhm